



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kelchner, Mathilde: Georg Cleinow und die Grenzboten

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Georg Cleinow und die Grenzboten

Von Dr. Mathilde Kelchner

„Leben ist Kampf,
und Kampf ist Tat.“



Als Georg Cleinow im Sommer des Jahres 1909 die Leitung der Grenzboten übernahm, war er kurz zuvor aus dem Auslande zurückgekehrt. Als 25 jähriger hatte er die militärische Laufbahn verlassen. Er widmete sich an der Universität Berlin, später in Paris und Genf eingehenden volkswirtschaftlichen und geschichtlichen Studien. Ihn fesselten in hohem Maße die osteuropäischen Fragen, insbesondere polnische und russische Geschichte, Wirtschaft und Politik in ihren Beziehungen zu Deutschland und dem Deutschtum. Nach zweijähriger praktischer Betätigung im Bankgeschäft und in der Industrie ging er nach Rußland, um auf Grund eigener Anschauung die dortigen Verhältnisse beurteilen zu können. Nicht nur durch gelehrte Forschung in Bibliotheken und Archiven, sondern — und das ist das Entscheidende für die richtige Erfassung des Auslandes — durch Arbeiten, die ihn mit der breiten Masse der Bevölkerung in Fühlung brachten — er untersuchte unter andern die Lage der Hausindustrie in Tula¹⁾ — und durch Anknüpfung von Beziehungen zu allen Gesellschaftsschichten, was ihm durch gute Sprachkenntnisse, insbesondere des Russischen und Polnischen, möglich war, gewann er einen tiefen Einblick in die seelische Beschaffenheit des russischen Volkes, seine Lebensformen, seine Nöte und Hoffnungen.²⁾ Die ihm eigene Gabe, Zusammenhänge mit sicherem Blick schnell zu erfassen und lebendig zur Darstellung zu bringen, führte ihn dazu, seine Beobachtungen und Erfahrungen publizistisch zu verwerten. Als Korrespondent angesehenener deutscher Zeitungen tätig, schrieb er seit 1904 auch Beiträge für die Grenzboten.

Nach sieben Jahren trieb es ihn in die Heimat zurück. Wie sah er sie wieder? In hochgeschraubtem Wohlstand, vielgeschäftig und genußsüchtig, ohne rechte Freudigkeit im Wollen und Vollbringen, erfüllt von Mißmut und Mißtrauen — nach außen glanzvoll, im Innern schwach. Wie war diese Entwicklung möglich geworden, durch welche Faktoren wurde sie getragen, wohin trieb das stolze Schiff Deutschland, wo sollte es landen? Wenn ihm die Augen hell geworden waren durch die Arbeit am fremden Volkstum, so schlug sein Herz um so stärker für das eigene. Selbst noch völlig unter dem Eindruck der 1905 in Rußland erlebten Revolution stehend, war es für seinen regsamen Geist und sein leidenschaftliches Temperament eine lockende Aufgabe, Deutschlands Schicksal zu ergründen, den Fäden nachzuspüren, die sich unheilvoll zu verwirren drohten und zu seinem Teil klärend und wegweisend zu wirken, um

¹⁾ Erschienen in Schmollers Forschungen. Ducker u. Humblot in München. 1904.

²⁾ G. Cleinow „Aus Rußlands Not und Hoffen“. Verlag von Friedr. Wilh. Grunow Leipzig. 2 Bände.

eine glückliche Zukunft vorzubereiten. Er erwarb zu diesem Zweck die Grenzboten und machte sich frisch ans Werk.

* * *

Die Pflichten, die ihm die Leitung dieser alten und angesehenen Zeitschrift auferlegte, waren ihm klar. Er machte sich mit ihrer Tradition vertraut und nahm sie in sein Programm auf. Er selbst bezeichnete es als einen „Versuch, einem gebildeten, selbständig denkenden Leserkreis die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände und Kämpfe in unserm großen Vaterlande und seine Beziehungen zur Außenwelt zu zeigen. Den Rahmen für die Arbeiten bilden“, so fuhr er fort, „unsere weitgehenden Ansprüche an Freiheit der Persönlichkeit, an Herrschaft des deutschen Gedankens und an Einheit und Macht des deutschen Reiches. Alle Arbeiten, Bestrebungen und Tendenzen, die solchen Idealen dienen, werden liebevoll unterstützt werden; wo aber unsere Ansprüche in Widerstreit geraten mit Parteiforderungen oder bureaukratischer Engherzigkeit, wo wir Regierung, Parteien, Wirtschaftsverbände schädlich wirken sehen, werden unsere Spiegelbilder solches klar zum Ausdruck bringen.“ (Grenzboten 1913 IV Nr. 41) Rational im besten Sinne des Wortes sollten die Grenzboten sein und über den Parteien stehen, um wahrhaft kulturfördernd wirken zu können. Nicht lediglich Beteiligung am politischen Tagewerk und seinen Kämpfen, sondern tiefschürfende Ergründung der sozialen Erscheinungen sollte das Mittel sein, um den Zweck, die gesunde Entwicklung aller wertvollen Volkskräfte, zu erreichen. So erwuchs dem Herausgeber die Aufgabe, sich in den Mittelpunkt der Zeitschrift zu stellen, durch gewissenhafte Aufzeichnung des Geschehens, sowie seiner historischen Bedingungen eine Grundlage zu schaffen für eine sachliche Kritik, und für den Ausbau des so gezimmerten Gerüstes einen Kreis von Männern zu gewinnen, die gesonnen waren, gleich ihm und mit ihm vereint die Ergebnisse ihrer Spezialforschungen nicht nur auf dem Gebiete der Politik und Wirtschaft, sondern auf allen wichtigen Gebieten des sozialen Lebens, des Rechtes, der Verwaltung und der Kirche, der Schule und Erziehung, der Literatur und Kunst den gebildeten Kreisen zur Kenntnis zu bringen, um sie um bestimmte Ideen und Ideale zu sammeln und zu praktischem Tun im Sinne des als wünschenswert und notwendig Erkannten anzuregen. Die Briefe, die Kleinow an seine Mitarbeiter richtete, waren oft geistvolle kleine Abhandlungen, denen ein längeres Leben an der frischen Luft der Öffentlichkeit zu wünschen gewesen wäre. Wer in den Grenzboten aus der Vorkriegszeit blättert, wird erkennen, wie sehr die politische Wochenschau, der „Reichs Spiegel“ und sonstige Beiträge Kleinows den Kristallisationspunkt sämtlicher Veröffentlichungen der Zeitschrift darstellten, und wie gut durch das von Kleinow besorgte System der organischen Arbeitsgemeinschaft erreicht wurde, daß strenge Wissenschaftlichkeit und publizistische Wirksamkeit sich die Hände reichten. Gewiß, er hat nicht alles erreicht, was er erstrebte, — der Krieg hat eine ungemein fruchtbare Arbeit in der Ausgestaltung der Grenzboten

ähnlings unterbrochen — aber seine Ideen sind gegenwärtig noch frisch und jung und zukunftsroh. Was die im Kriege herangereifte Jugend heute als das ihr eigentümliche Programm verkündet: die aus einer großen Sehnsucht geborene Forderung: „Heraus aus der Parteischablone, aus Utilitarismus und engstirniger Wirtschaftlichkeit“ ist nichts als Cleinows Kampfruf, den er unermüdlich erschallen ließ.

In der Tat! Das politische Denken hatte anarchische Formen angenommen! „Die alten Begriffe konservativ, liberal, demokratisch“, so schrieb Cleinow, „lassen sich zur Bezeichnung einzelner Parteirichtungen oder zum Verständnis einer Parteipolitik gar nicht mehr heranziehen; sie sind inhaltslose Schlagworte geworden, mit denen auf die Masse und auf die gebildete Jugend eingewirkt wird, um sie dem Gegner abspenstig zu machen. Das Heer der sozialdemokratischen Wähler setzt sich zu einem großen Teil aus Männern zusammen, deren Idealismus sich nicht in Magenfragen erschöpft. Umgekehrt trägt der gerade herrschende Teil der Konservativen Merkmale eines Materialismus an sich, der bereit ist, alle Tradition über den Haufen zu werfen, wenn nur an seiner Herrschaft im Lande nicht gerüttelt wird. Neben diesen Extremen sind die Liberalen in ihrer letzten Entwicklung fast nationale und partikularistische Chauvinisten, die Wirtschaftskämpfe mit Tradition und Hurra auskämpfen wollen, und die Nationalisten stecken so tief im demokratischen Sozialismus, daß sie bereit sind, traditionelle Grundlagen zu opfern, lediglich, um ein verhältnismäßig naheliegendes Ziel zu erreichen. Selbstverständlich leben alle in der festen Überzeugung, streng auf dem Boden des Parteidogmas oder der Parteitradition zu stehen. Selbstverständlich bilden sie sich alle ein, dem Staat oder der Nation als Ganzem zu dienen, — die Demokratie und das Zentrum freilich mit der Spezialtugend, die Menschheit zu beglücken.“ (Grenzboten 1910, II, Nr. 20)

Diese Veränderung im Bestande sowie in den Zielen der Parteien knüpft an die Periode der Reichsgründung an und war durch den Zollverein vorbereitet: sie war die Folge des Aufschwungs von Industrie und Handel. Das Wesentliche dieses Vorganges läßt sich als Zersetzung der alten politischen Parteien durch Interessenverbände bezeichnen. Die ganze Nation hatte sich in eine unendliche Zahl von kleinen und großen Verbänden mit wirtschaftlichen Zielen gegliedert, die sich zur politischen Betätigung drängten. Die ausschlaggebenden Persönlichkeiten waren nicht mehr die Parteivorstände, sondern die Verbandssekretäre. Eine „deutsche Frage“, die nicht vorwiegend Wirtschaftsfrage gewesen wäre, gab es in der amtlichen Politik kaum mehr, obgleich das Deutsche Reich seine historische Aufgabe, die Einigung aller deutschen Stämme, nicht erfüllt hatte. Der Materialismus hatte über den deutschen Gedanken gesiegt und aus dem aristokratischen Kulturträger war ein demokratisch empfindender Staatsbürger geworden, der vom Staat nichts mehr verlangte, als die Förderung seiner Arbeit.

Als Kleinow an die selbstgewählte Arbeit heranging, war daher hoher Wellengang in der inneren Politik: Bülow war durch die Konservativen, die sich der von ihm geplanten Finanzreform widersetzt hatten, gestürzt, der von ihm geschaffene Block war zerfallen. Die Nachwirkung hiervon war eine stärkere Betonung der Parteigegegensätze und was schlimmer war: ein Zurücktreten der von der Blockpolitik stark betonten nationalen Motive. Die internationalen Parteien wurden für die ehemaligen Blockparteien bündnisfähig. Die Konservativen fanden das Zentrum „auf demselben Weg“ und die Linke verbrüdete sich mit der Sozialdemokratie. Als Bethmann Hollweg ans Ruder kam, erklärte er offen, daß es ihm bei der Verwirrung und Verhezung der Parteien unmöglich sei, sich auf bestimmte Parteien zu stützen, er wollte vielmehr versuchen, durch ein über den Parteien stehendes Regiment — das heißt, durch praktische Leistungen — die Regierungsgeschäfte über die Zeit der Schwierigkeiten und Wirren hinwegzuführen, aber er mußte bald die Erfahrung machen, daß er doch immer wieder in das parteipolitische Getriebe hinabgezogen wurde. Wenn er sich die Aufgabe gestellt hatte, die Sammlung der bürgerlichen Parteien zur Richtschnur seiner Politik zu wählen, so ist es ihm tatsächlich nicht einmal gelungen, diese Sammlung angesichts einer einzigen wichtigen Aufgabe zustande zu bringen. Die Regierungsautorität wurde auf diese Weise untergraben, und die Folge waren Vorgänge, wie sie sich im Herbst 1910 in Berlin abgespielt haben: in Moabit fanden blutige Krawalle statt und die Staatsgewalt mußte sich drei Nächte lang herumschlagen, ehe die Ordnung wieder hergestellt war. War dieser Aufruhr als Vorläufer einer Revolution zu deuten? Kleinow betrachtete die Lage mit um so größerem Ernst, als sich ihm der Vergleich mit den Zuständen in Rußland nach dem Tode Plehwe (1904) aufdrängte. Plehwe hatte sich in einer ähnlichen Situation befunden wie Bülow. „Sie suchten“, so schrieb Kleinow, „jeder mit den ihnen durch die Staatsverfassung zur Verfügung stehenden Mitteln, die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten. Beide wurden gestürzt. An ihre Stelle kamen aber keine Reformatoren großen Stils, sondern Männer des Ausgleichs, Männer mit gleichen guten Absichten für den Staat und die Nation — aber Männer ohne starke Initiative. In Rußland Fürst Swjatopolk-Mirski, in Deutschland Herr von Bethmann Hollweg. Beide gaben die Parole aus: ‚Vertrauen zur Regierung und Sammlung der staatserkhaltenden Parteien.‘ Beide zogen sich alsdann aus der Öffentlichkeit zurück. Beider Beschäftigung während der Zurückgezogenheit bestand hauptsächlich in der ‚Reformation‘ der höchsten Regierungsorgane! Beide hatten auch das Glück, zwei oder drei tüchtige Männer für sich zu gewinnen. . . . Zu einer Zusammenfassung der Kräfte, die besonders bei uns vor einem Jahre noch vorhanden waren, ist aber kein Versuch gemacht worden. Beide Minister standen auch den modernen Instrumenten der Staatskunst vollständig ratlos gegenüber. Beide Minister wurden eines schönen Tages durch ‚friedliche‘ Straßendemonstrationen überrascht. . . . Swjatopolk-

Mirski war ebensowenig ein Schwächling wie Herr von Bethmann Hollweg. Aber jener fühlte sich ebenso von Abhängigkeiten eingeengt wie unser Kanzler; vor lauter Nachsinnen und Erwägen fand er ebensowenig den geeigneten Augenblick zum Entschluß wie Herr von Bethmann Hollweg. Gewiß, Deutschland ist nicht Rußland aber das Erbe Friedrich des Großen wurde in kaum 20 Jahren vertan! Wer es ernst meint mit unserm Vaterlande, der bestärke den Leiter der Reichsregierung nicht in seiner Zurückhaltung, damit das Jena, das der konservativen Partei bevorsteht, nicht zu einem Jena der Monarchie werde.“ (Grenzboten 1910, IV, Nr. 40 und 43)

Die konservative Partei! Wenn Kleinow die Entschluß- und Planlosigkeit der Regierung immer aufs neue größte Besorgnis einflößten und seine Kritik herausforderten, so ging er auch mit den Parteien scharf ins Gericht, nicht zuletzt mit den Konservativen. Durch seine Familientradition, die er hochhielt, und durch seine Erziehung dem Konservativismus verschrieben, hielt er es für seine Pflicht, die der Nation entfremdete Partei zu bekämpfen und zwar ganz ohne Rücksicht darauf, daß er sich mit seiner Zeitschrift vorwiegend an rechtsstehende Kreise wandte. Er hielt sie, die einen ideellen Wert nach dem andern aus ihrem Programm preisgab, für todgeweiht und wollte verhindern, daß das Schicksal der Monarchie an das ihre geknüpft würde. Wenn die „Kreuzzeitung“ im Anschluß an die Moabiter Vorkommnisse nach energischen, bis zur Vernichtung gehenden Ausnahmemaßregeln rief, so stellte er dem die Forderung entgegen, daß die Leiter der Regierung die ihnen zur Verfügung stehenden politischen Instrumente richtig anwenden sollten. Und als beste Waffe gegen den inneren Feind erkannte er die Pflichterfüllung der staatserkhaltenden Parteien. Mit aller Deutlichkeit betonte er, daß die Leistungen der deutsch-konservativen Partei auf politischem Gebiet mit den Rechten, die der Staat ihren Angehörigen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet einräumte, in keinem richtigen Verhältnis stehe. „Wir bekämpfen das an der deutsch-konservativen Partei“, so schrieb er, „was diese selbst als Internationalismus, als politischen Egoismus und als unberechtigte Machtgelüste bei den Demokraten bekämpft!“ (Grenzboten 1910, IV, Nr. 41) Wenn zwischen Kaiser und Volk eine gewisse Entfremdung eintrat, so war das nicht lediglich die Folge einer Verhegung, wie sie der „Vorwärts“ und der „Simplizistimus“ betrieben, sondern vielmehr die sich immer weiter fressende Überzeugung, daß der Kaiser dem Einfluß unverantwortlicher Ratgeber unterlag, die aus Konservativen, schlechtweg als „reaktionär“ bezeichneten Kreisen stammten und daß er daher sein Volk nicht mehr verstehen könne. Mißverständliche Reden, denen entgegenzutreten Kleinow sich nicht scheute — er hat zum Beispiel die in Beuron und Königsberg gehaltenen Reden unter Hinweis auf die durch sie hervorgerufene Beunruhigung mit männlichem Ernst kritisiert — haben allerdings dazu beigetragen, diese Auffassung zu fördern. Die Konservativen freilich sahen alles „Unheil“ von den „Liberalen“ kommen. Und ebenso dachte das Zentrum.

Diese neben der Sozialdemokratie am besten organisierte Partei hatte den Weg in die katholischen Massen gefunden und erwies sich als überaus geschickt in der Bekämpfung der „liberalen Propaganda“. Auch mit ihr befand sich Kleinow im Kampfe. Wenn er anerkannte, daß das Zentrum tatsächlich für seine Idee arbeitete, so sah er doch die Gefahren, die diese Idee in sich barg: ihrem Wesen nach war diese Partei ultramontan und antideutsch, weil international. Bülow und Bethmann Hollweg hatten den Ultramontanismus verschieden bewertet und das dadurch bedingte schnelle Verlassen der von Bismarck und Bülow geschaffenen Grundlagen für die nationale Politik im Innern erschien Kleinow gefährlich. Wenn Bülow seine Aufgabe in der Befreiung vom Zentrumsjoch sah, so hatte Bethmann Hollweg diesen Kampf aufgegeben und eine Annäherung gesucht. Damit bewirkte er aber gerade das, was er vermeiden wollte: die Erstarkung der Demokratie und der kosmopolitischen Bestrebungen. Schon 1911 sah Kleinow den Parlamentarismus getragen von den Schultern des Zentrums, der Sozialdemokratie und eines Teils der Liberalen in Deutschland einziehen, überdies beschuldigte er den Ultramontanismus, die Grundmauern des Kaiserstaats maskiert durch angebliche Pflichten der Religiosität zu untergraben. Er trennte scharf die katholische Religion, der er selbstverständlich alle Ehrerbietung zollte, von dem politischen Ehrgeiz der ultramontanen Kirche und betonte auch, daß die politisch urteilsfähigen deutschen Katholiken selbst gegen jede Regung des Ultramontanismus im Zentrum aufbegehrten. Er wies auf die Gefahr hin, die darin lag, daß die Methoden der Ultramontanen wegen ihrer Feinheit oft nicht zu durchschauen sind und daß es daher schwer ist, ihnen beizukommen. Zum Beispiel werden unter der Flagge der Wissenschaft Geschichtswerke über das Werden des deutschen Volkes verfaßt, die darauf ausgehen, die römische Kirche als denjenigen Faktor der Weltgeschichte hinzustellen, dem allein die Deutschen ihre heutige Kultur und Bedeutung verdanken. Grisars „Luther“ und Kiplings „Geschichte des Kulturkampfes im Deutschen Reich“ nannte Kleinow Vorboten eines neuen schweren Kampfes um die deutsche Kultur. Wenn aber das Zentrum die rücksichtsloseste der Parteien in der Verfolgung ihrer Ziele war, so muß zugegeben werden, daß der Zustand der anderen bürgerlichen Parteien ihr in verhängnisvoller Weise die Bahn freigab: sie waren ohne Ausnahme von den Wirtschaftsverbänden und anderen praktischen Aufgaben dienenden Organisationen so sehr aufgesogen, daß diese den Parlamenten den Stempel ausdrückten und die Lösung kultureller Aufgaben, die privaten Organisationen und der Presse anvertraut wurden, zurückdrängten. Das Zentrum aber hat den wirtschaftlichen Maßnahmen eine Grenze ziehen und Weltanschauungsfragen in den Vordergrund rücken können, es hat — natürlich vom katholischen ultramontanen Standpunkt aus — praktische Kulturpolitik im Parlament getrieben. Die entsetzliche Zersplitterung jener hat überdies dazu beigetragen, die Regierung zu zwingen, mit dem Zentrum als der größten und bestorganisierten bürgerlichen Partei in erster Linie zu

rechnen. So kam es, daß Bethmann Hollweg, der sich durchaus bewußt war, daß kein Staat ohne eine starke Dosis liberaler Prinzipien vorwärts gebracht werden kann, ohne das keineswegs liberale Zentrum keine Politik machen wollte und konnte.

Neben Konservativen und Zentrum rang die nationalliberale Partei um ihr Leben. Es bestand das Bestreben, sie zu sprengen und die gesamten Vertreter der Industrie an die Rechte zu fetten, während die Jungliberalen dem Freisinn zugeführt werden sollten. Aber weil wir in Deutschland mit dem Zentrum als unumstößlichem politischen Faktor zu rechnen haben, brauchen wir eine liberale Mittelpartei. „Liberal muß diese Partei sein, um der Nation die Ideale erhalten zu können, die sie seit der Reformation vorangeführt haben. Liberal muß diese Partei sein, weil sowohl in der konservativen Partei, wie in der sozialdemokratischen Neigungen versteckt sind, die in kritischen Augenblicken der Macht des Zentrums nur förderlich sein können — hier das natürliche Bedürfnis nach Anlehnung an einen Glauben, das die liberalen Parteien der Gegenwart nur scheinbar zu befriedigen vermögen, dort die Hinneigung zum Merikalismus, die selbst die Grenze zwischen Katholizismus und Protestantismus zugunsten des ersteren vermischt. . . . Solange das Reich besteht, hat die nationalliberale Partei diese ihr zugefallene Aufgabe schlecht und recht erfüllt und es ist neben ihr noch keine politische Organisation entstanden, die die Gewähr böte, die große nationale Aufgabe besser durchzuführen.“ (Grenzboten 1911, I, Nr. 15) Allerdings glomm innerhalb der nationalliberalen Partei die Flamme des großen Ideals, dem sie einst gedient und das ihre ausschlaggebende Bedeutung im jungen Reich gesichert hatte, nur noch matt. Kleinow glaubte aber zunächst in dem Ringen der Jungliberalen gegen die Altliberalen die fleischgewordene Auflehnung des deutschen Einheitsgedankens gegen das Vordringen der partikularen Bestrebungen der wirtschaftlichen Organisationen zu erkennen. Bei Furchtlosigkeit und Fleiß hätte die nationalliberale Partei nach der Auffassung Kleinows eine Reformpartei werden können, wie sie dem Reiche bitter not tat, jedoch schließlich spannten sich auch die Jungliberalen an den Wagen der Wirtschaft. Industriepolitik kann aber nicht wahrhaft national sein!

Es war ein Verhängnis, daß die nationale Kulturpolitik mit den Bedürfnissen der deutschen Staatspolitik nicht in Einklang gebracht werden konnte. Die Aufgabe wäre gewesen, zunächst einmal eine nationale Wirtschaftspolitik zu treiben, die das Volk und nicht das rollende Kapital im Auge hatte.

Daß die Lösung dieser Aufgabe nicht vom Freisinn erwartet werden konnte, war selbstverständlich. Die grundlegende Verfassungsänderung, die Einführung des parlamentarischen Systems, die von den Demokraten eifrig betrieben wurde, hat Kleinow nicht als unbedingt unheilvoll zurückgewiesen, wie es die Konservativen taten, trotzdem sie die Parteiherrschaft für sich forderten. Er teilte in diesem Punkt die Auffassung Bülow's, daß die

Entwicklung der Nation dahin drängte und daß es unklug ist, sich den natürlichen Folgen dieser Entwicklung entgegenzuerwerfen, statt sie zum Heile der Gesamtheit umzubiegen. Bülow hatte danach gestrebt, den Übergang möglichst wenig schroff zu gestalten und möglichst viele autoritative Momente, die mit der preußisch-deutschen Tradition verknüpft waren, zu erhalten, unter anderem durch Errichtung eines Reichsoberhauses, das namentlich die Werte der Bildung in der Verfassung fest verankern sollte. Seine Pläne scheiterten an den mannigfachen Unzulänglichkeiten der rechtsgerichteten Kreise. Die Folge war, daß nun von den demokratischen Parteien der Parlamentarismus in Reinkultur propagiert und gefördert wurde. Bethmann Hollweg war nicht der Mann, der ihnen die Zügel aus der Hand nehmen konnte. Im Grunde war es die Schwäche der Regierung, die nach Kleinows Auffassung das Volk zur Selbsthilfe trieb. Die im Lande herrschende Mißstimmung erwuchs nicht am wenigsten aus der Erkenntnis, daß die guten Traditionen der Beamtenschaft in der Personalpolitik des führenden Bundesstaates erschüttert und Parteieinflüsse sich dieses Machtbereichs des Königs zu bemächtigen schienen. „Wie“, fragte Kleinow, „wenn sich die Beamtenschule nicht mehr fähig erweist, Staatsmänner heranzubilden, obwohl auf ihr nicht die Schwere eines Dämons wie Bismarck lastet?! Dann bleibt uns Patrioten nur übrig, auf jenes gewaltige Kraftreservoir hinzuweisen, aus dem schon vor hundert Jahren der Freiherr vom Stein die Elemente herangezogen hat, die die Hohenzollernmonarchie und den preußischen Staat vor dem völligen Zusammenbruche erretteten und sie befähigten, zum Stütze eines neuen deutschen Reiches zu werden. . . . Gibt es noch eine Gelegenheit für den preußischen Staat, die in seiner Tradition schlummernden Kräfte für die Gesamtheit nutzbar zu machen, so liegt diese in den Arbeiten der Immediatkommission zur Reform der preußischen Verwaltung. Scheitert auch diese Hoffnung, so bleibt eben nichts anderes übrig, als sich jener anderen Institution zu bedienen, durch die die Kräfte der Nationen in den Dienst des Staatsganzes gestellt werden, der Parlamente. . . . Ist das System unserer Behördenorganisation zur Gewinnung und Heranbildung dieser besonders Tüchtigen aus irgendwelchen Gründen, die nicht beseitigt werden können, nicht imstande, dann wird die Ausbildung durch etwas anderes, eben durch die Parlamente, durch den Parlamentarismus geschehen.“ (Grenzboten 1914, I, Nr. 3)

Die Sozialdemokratie faßte Kleinow als eine in ihrem Wesenskern wirtschaftliche Erscheinung auf. Er war daher der Überzeugung, daß sie nicht mit politischen, sondern mit wirtschaftlichen Mitteln überwunden werden müßte. Solange lediglich das Geld zum Ausgleich aller wirtschaftlichen Nöte herangezogen wird, glaubte er freilich, auch einer noch so weit reichenden sozialen Gesetzgebung keinen Erfolg in ihrer Bekämpfung voraussagen zu können. Gerechte Verteilung der durch den Außenhandel erzielten Gewinne unter Arbeitgeber und Arbeitnehmer war seine allgemeine Parole. Er sah in der Stabilisierung des Bodenpreises, die ihn der Konjunktur auf dem Warenmarkt ent-

rückt, eine große Möglichkeit, der sozialdemokratischen Propaganda das Wasser abzugraben, wie er denn überhaupt in der Befreiung von Grund und Boden aus den Händen der Spekulation im Zusammenhang mit einer gerechten Besteuerung das Mittel erkannte, aus den Wirtschaftskrisen und der Unzufriedenheit herauszukommen. Allerdings trat er auch für eine ideelle Bekämpfung der Sozialdemokratie ein. Da er auf eine Versöhnung der Klassen und Stände ausging, mußte ihn die unversöhnliche Klassenkampftheorie der Sozialdemokratie abstoßen, um so mehr, als er sich der Bedeutung der Arbeiter für das Volkstum bewußt war. Wenn er ihnen selbst durch Erörterungsabende, die er im Osten und Norden Berlins abgehalten hat, näher zu kommen suchte, so schien ihm doch eigentlich nur die Arbeit an ihren Kindern durch nationalpolitische Erziehung und Organisation der Jugend Erfolge zu versprechen. Selbstredend war hiermit keine Erziehung zum Hurratriotismus gemeint, sondern Schärfung und Anleitung des dem jugendlichen Alter eigenen kritischen Sinnes, der sich zunächst naturgemäß gegen die Autoritäten und die staatlichen Einrichtungen richtet, wie sie seinerzeit der Reichsverband der nationalliberalen Jugend erstrebt hat. Auch die Arbeit an der Jugend, die von den Pastoren Claassen in Hamburg, Ilgenstein in Berlin und vielen anderen geleistet wurde, erkannte Cleinow freudig an und suchte für die Ideen dieser Männer in seinem Leserkreise Verständnis zu werben. Der zu überwindenden Schwierigkeiten war er sich bewußt: die imposante Organisation der sozialdemokratischen Partei übte selbst auf die gebildete Jugend starke Anziehungskraft aus, trotz aller Unkultur, die ihr anhaftete. Diese Unkultur der deutschen Sozialdemokratie führte Cleinow auf ihre engen Beziehungen zur jüdischen Intelligenz in Rußland zurück, die viel stärker waren, als die Beziehungen zu den sozialistischen Parteien der westeuropäischen Länder. Schon 1911 äußerte Cleinow, daß die deutsche Sozialdemokratie sich offenbar verpflichtet fühle, so lange die Interessen des Reiches hinter die der russischen Revolutionäre zurückzustellen, als die Juden in Rußland Beschränkungen unterworfen seien. Auch er war auf Grund genauer Kenntnis der russischen Judenpolitik der Meinung, daß die Emanzipation der Juden in Rußland, die dort geradenwegs zur Revolution erzogen wurden, eine Notwendigkeit sei, sowie er überhaupt allzu gerecht dachte, um einem Antisemitismus zu huldigen. Aus demselben Gerechtigkeitsgefühl heraus lehnte er freilich auch die Zumutung ab, daß einige hunderttausend Juden sechzig Millionen Deutsche bevormunden und in einer ihnen wesensfremden Weise führen könnten. In den an den vormärzlichen Internationalismus gemahnenden Auffassungen des Freistans und der Sozialdemokratie sah er eine Gefahr. Wie richtig diese Auffassung war, liege heute vor aller Augen.

Die Parole, die die Regierung 1912 in den Wahlkampf geworfen hatte, war eine Aufforderung an die bürgerlichen Parteien, sich gegen die Sozialdemokratie zusammenzuschließen, damit der Reichstag eine Zusammensetzung aufweise, die die Bewilligung der Heeresforderungen gewährleistete. Angesichts

der weltpolitischen Lage tat diese Mahnung not, hat aber ihren Zweck nicht erreicht, ja sie hat vielleicht die egoistischen Triebfedern der kurzfristigen Wähler gestärkt und zur Radikalisierung des Reichstags beigetragen, die uns so verhängnisvoll geworden ist.

So sahen die Grundlagen unseres politischen Lebens aus, mit denen wir bei Kriegsausbruch zu rechnen hatten! Ähnliche Zustände und Unklarheiten, dasselbe Mißtrauen und Mißverstehen glaubte Kleinow bei rückschauender Betrachtung in der Epoche des Vormärz feststellen zu können. „Dem Chronisten“, schrieb er, „steht manchmal das Herz still.“ Sämtlichen Parteien machte er den Vorwurf, daß sie in ihrer Politik von Gesichtspunkten ausgingen, die den nationalen, gesamtvölkischen Interessen nicht gerecht wurden. Den Ausgleich zwischen Großbetrieb und Persönlichkeit, zwischen Kapital und Mensch vermochte keine von ihnen zu finden, ohne den Staat in seinen Grundfesten zu erschüttern. Aussicht auf Gesundung unseres Volkstums schien Kleinow eine Reform des Wahlrechts zu bieten, die letzten Endes auf die Grundsätze des Freiherrn von Stein, also auf die ständische Grundlage der Volksvertretung zurückgriffe. Natürlich hatte er dabei nicht die alten Stände im Auge, sondern er dachte an die modernen Gebilde, die unter dem Schutz der Reichsverfassung als Vereine und Verbände entstehen konnten.

* * *

Angefiçhts der innerpolitischen Krankheits Symptome war es Trug, wenn das deutsche Volk kraftvoll dazustehen schien. Bei genauerem Hinsehen war tatsächlich zu erkennen, daß das Deutschtum überall, wo es in nähere Beziehungen zu anderen Nationalitäten kam, zurückgedrängt wurde und zwar in der Weise, daß diese Zurückdrängung um so stärker zutage trat, je näher die Fremden mit der Hauptmasse des deutschen Volkes in Berührung kamen, was besonders in unseren Ostmarken der Fall war. Der Grund hierfür lag eben darin, daß aus dem deutschen Nationalstaat ein Wirtschaftsverband geworden war, daß die Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Entwicklung diese selbst zwar förderte, aber die Macht des Staates untergrub, indem sie um wirtschaftlicher Vorteile willen das Deutschtum den fremden Nationalitäten preisgab. Einen besonders schwerwiegenden Mißstand sah Kleinow in dem für unsere Industrie und Landwirtschaft bestehenden Zwang, nichtdeutsche, zum erheblichen Teil sogar ausländische Arbeiter heranzuziehen, und in der Unmöglichkeit, diese Entwicklung aufzuhalten, ohne schweren materiellen Schaden zu bringen. Dies ist der letzte Grund, weshalb er den friedlichen Ausgleich mit den Polen betrieb und für die Erhaltung des Weltfriedens so energisch eintrat, daß schwere Kämpfe mit den Vertretern lauter Säbelpolitik nicht ausbleiben konnten (1911). Die zunehmende Industrialisierung des Westens bewirkte eine immer stärker werdende Abwanderung der ostdeutschen Bevölkerung und ein Hineinfluten der Polen in die leer gewordenen Plätze. So waren es nicht eigentlich die Polen, die uns aus den Ostmarken vertrieben, und deshalb er-

achtete es Kleinow für fehlerhaft, wenn wir unsere Maßnahmen daselbst von diesem Gesichtspunkte aus trafen. Wenn er für die innere Kolonisation eintrat, so betonte er immer wieder, daß wir nicht gegen die Polen kolonisieren dürfen, sondern um die Schäden einer ungesunden wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen. Freilich wollte er im Osten gegen das vordringende Slawentum einen Damm errichten, das von der wirtschaftlichen Entwicklung gerissene Loch mit unserem eigenen Menschenmaterial zustopfen, aber das sollte nicht im Kampf gegen die Polen und ganz und gar nicht durch Ausnahmegesetze gegen sie geschehen. Ausnahmegesetze haben uns stets nur nationale Einbußen gebracht. Wenn schon die Kolonisationstätigkeit im Osten mit Hilfe eines Enteignungsgesetzes betrieben werden sollte, so durfte dieses lediglich als Anwendung einer in ganz Deutschland gehandhabten Bodenpolitik in die Erscheinung treten. Tatsächlich konnte und wollte das unglückselige Enteignungsgesetz nichts anderes als eine wirtschaftliche Abwehrmaßregel gegen das Überhandnehmen der Bodenspekulation in unserer Ostmark bedeuten. Die Art und Weise aber, wie es eingebracht wurde, gab ihm den Charakter einer Kriegserklärung gegen die Polen, die diese selbstverständlich zur Entfaltung nationaler Leidenschaften benutzen konnten und benutzt haben. Wir hatten keinen Anlaß, uns gelegentlich der Einweihung des düstern Baus des Kaiserschlosses zu Posen eines Sieges in den Ostmarken zu rühmen. Wenn dort aus wirtschaftlicher Versumpfung durch unsere Arbeit Reichtümer erstanden waren, so lag die schwerere und langwierigere Aufgabe, auf dem wirtschaftlichen Fundament den deutschen Kulturbau aufzuführen, noch vor uns. Noch während des Krieges auf dem Höhepunkt unserer Erfolge, als ein Verlust unserer Ostmarken nicht zu befürchten war, hat Kleinow einen Zusammenschluß der Ostmarkendeutschen in Kultur- und Unterstützungsvereinen lediglich zur Förderung des Deutschtums ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und unter grundsätzlichem Verzicht auf einen Kampf gegen die Polen vorgeschlagen. Auf der Grundlage einer unter Aufhebung des Enteignungsgesetzes großzügig organisierten Kolonisation glaubte er mit diesen geistigen Waffen der nationalen Not der Ostmark begegnen und ihre friedliche Entwicklung zum Heile der Deutschen und Polen, die das Schicksal an die gleiche Scholle band, sicherstellen zu können. Für die Propaganda, die Polen „auszurotten“, hatte Kleinow nur ein Achselzucken übrig im Hinblick darauf, daß die Polen, auch wenn sie in drei Staaten beheimatet waren, gerade seit den Teilungen eine Nation im besten Sinne des Wortes geworden waren; allerdings glaubte er auch nicht an die Möglichkeit einer „Versöhnung“, es sei denn, daß den Polen die Garantie eines mehr oder minder autonomen Polenstaates gewährt worden wäre.

Auch außerhalb der Grenzen des Reichs verlor das Deutschtum an Boden. Mit besonderer Sorge beobachtete Kleinow seine Zurückdrängung in Österreich und Rußland und glaubte auch hierfür letzten Endes wirtschaftliche Ursachen in Anspruch nehmen zu müssen, die verhinderten, daß die Hauptmasse

der Deutschen den draußen stehenden Stammesbrüdern den nötigen Rückhalt in ihrem Kampfe bot. Seinen Vorstudien entsprechend, hat Kleinow seine Aufmerksamkeit in erster Linie den Vorgängen in Rußland zugewandt. Er hat als Herausgeber der Grenzboten redlich versucht, das uns so nötige Verständnis für dieses Land zu wecken durch eingehende Erörterungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, durch Darlegung der geschichtlichen Bedingtheit seiner ganz eigenartigen innerpolitischen Entwicklung und seiner außenpolitischen Lage. Als warmherziger Mensch ist er dem russischen Volk gegenübergetreten und mit kühlem Verstand hat er die politische Gefahr ermaßen, die uns von ihm drohte. Er sah, daß die Agitation in Rußland gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag, der so ausgelegt wurde, als ob er Rußland in Abhängigkeit von Deutschland brächte, obgleich er für Rußland tatsächlich günstig war, aber freilich infolge der innerpolitischen Verhältnisse Rußlands nur wenigen und nicht der breiten Masse des Volkes zugute kam, immer mehr Boden gewann, und daß auch die Verdächtigung, daß die Deutschen an der Versumpfung und politischen Entrechtung des russischen Volkes hervorragenden Anteil haben sollten, um so leichter Glauben fand, als sie nicht nur von slawophilen russischen Patrioten, sondern auch von den Polen und der roten Internationale genährt wurde. Schon im August 1910 schilderte Kleinow die ersten Anzeichen einer auf tatkräftiges Handeln eingestellten russischen Außenpolitik, die ihr Schwergewicht in den Westen und Südwesten verlegte: „Im großen und ganzen sieht es so aus, als wenn Rußland schon jetzt anfangen, den Schauplatz eines künftigen Krieges abzustecken und zu säubern.“ Freilich hatte der Zarenbesuch in Potsdam die Hoffnung auf eine Annäherung Deutschlands und Rußlands erweckt, obschon in Rußland in weiten Kreisen Furcht vor der Erneuerung der „Heiligen Allianz“ und Mißtrauen gegen die deutsche Politik im nahen Orient bestand, aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht, weil England und Frankreich alle Hebel in Bewegung setzten, um ein gutes Einvernehmen zu verhindern. Die Triebfedern zur Intrige lagen in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet. Inzwischen war 1912 zwischen Österreich und Serbien ein Konflikt ausgebrochen. Durch diesen Streitfall hatte die Heße der panslawistischen Elemente zum Krieg gegen Österreich in der russischen Presse und im Heer mit besonderer Spitze gegen Deutschland Oberwasser bekommen. Das Verhalten der amtlichen Kreise in Petersburg war undurchsichtig und das russische Heer wurde beinahe auf Kriegsstärke gebracht. Das Kräfteverhältnis im nahen Orient hatte sich infolge der Balkankriege zugunsten der Slawen und damit zu gunsten Frankreichs verschoben: Rußland und Frankreich waren sich wieder näher gerückt. „Werden die Regierungen nervenstark genug sein“, so fragte Kleinow, „um den Ausbruch eines Krieges verhindern zu können?“ Sehr nachdenklich stimmten ihn die im Frühling 1913 abgehaltenen Romanowfeiern des offiziellen Rußland, die der großen Masse die echtrussische Abstammung des Zaren vorspiegeln sollten. Er erkannte darin eine an Entsaugung grenzende

Konzeßion des tatsächlich dem deutschen Fürstenhaus der Holstein-Gotorp entsprossenen Zaren an das Altrussentum, ein Symptom der Schwäche der russischen Regierung und zugleich der endgültigen Abkehr von der preußisch-russischen Politik eines Jahrhunderts — „es gibt keine größere Bedrohung des Friedens als schwache Regierungen, als Monarchen, die jeden Augenblick gezwungen werden können, Handlungen zu tun, denen sie innerlich widerstreben, lediglich, um sich dem Demos gegenüber zu halten“. (Grenzboten 1913, I, Nummer 11) Im Februar 1914 fand in Rußland ein Ministerwechsel statt, der in vielen die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens neu erstehen ließ. Kleinow warnte davor, Goremykin, den neuen russischen Ministerpräsidenten, für einen Deutschenfreund zu halten. Er erläuterte zutreffend, daß die konservativen Kreise des russischen Adels, denen Goremykin entstammte, unserer Zollpolitik feindlich gegenüberstanden, nur solange Freunde Preußens waren, als dieses sich im Gegensatz zu Österreich befand und die gesamte deutschfeindliche Politik gestärkt haben, bis die Verbindung mit Frankreich hergestellt war. Er hielt es nicht für ausgeschlossen, daß eine Reaktion im Innern Rußlands einsetzen würde, begleitet von einer amtlich zunächst nicht öffentlich unterstützten nationalistischen Agitation gegen die Habsburgische Monarchie, um dadurch die Unzufriedenheit im Innern nach außen abzulenken. Allerdings, da für eine infolge der Agrarreform sich vollziehende Erneuerung Rußlands, an der Goremykin wesentlichen Anteil hatte, Anzeichen vorhanden waren, so fragte sich Kleinow, ob dieser die mögliche Wiedergeburt der Heimat aufs Spiel setzen würde in einem großen Krieg, dem die Revolution folgen mußte. Wollte er den Frieden, so war es immerhin fraglich, ob er genügend Autorität besitzen würde, um der Kriegspolitik Suchomlinows entgegenzutreten. Es war auch nicht zu übersehen, daß der Kampf gegen Deutschland in ganz Rußland wieder populär war, ja daß in einem Teil der Diplomatie und in der gesamten Armee ungeheure Lust bestand, sich mit den Deutschen zu messen, die auf so vielen Gebieten Rußlands Lehrmeister gewesen waren. Im Februar und März 1914 fand im Anschluß an den bekannten Artikel Ulrichs in der „Kölnischen Zeitung“ ein Pressefeldzug in Deutschland und Rußland statt, der auf das Nahe blutiger Auseinandersetzungen zu deuten schien. Kleinow sah sich hierdurch veranlaßt, nach Rußland zu gehen, um durch eigene Beobachtung und persönliche Aussprache mit leitenden Staatsmännern und Politikern festzustellen, was hinter dem Zeitungskriege steckte. Von dort aus schrieb er die bedeutsamen „Russischen Briefe“, die die russischen Verhältnisse drei Monate vor Kriegsausbruch hell beleuchteten. Wer sie damals gelesen hat, wird schwerlich vom Kriege „völlig überrascht“ worden sein. Die Stimmung in Rußland forderte unter allen Umständen einen sichtbaren Sieg über den deutschen Einfluß und sei es selbst um den Preis einer würdelosen Abhängigkeit von Frankreich und England.

Als der Krieg ausbrach, stellte Kleinow seinen Lesern vor Augen, daß er nicht durch unseren Flottenbau, sondern letzten Endes bedingt war durch

den Gegensatz, in dem sich die gesamte festländisch-europäische Entwicklung zu der Großbritanniens befand, daß es aber England mit Hilfe einer rücksichtslosen Diplomatie gelungen war, unseren Nachbarn in Ost und West den Blick für den Wesenskern des deutsch-britischen Gegensatzes zu verschleiern und ihnen dadurch die Erkenntnis unmöglich zu machen, auf welcher Seite ihre wahren Interessen lagen: die jahrhundertalte deutsch-russische Freundschaft war kein Zufallsprodukt gewesen.

Durch den Zusammenbruch dieser Freundschaft veränderte sich naturgemäß die Lage der Polen von Grund aus. Ihr Verhalten den drei Teilmächten gegenüber hat Kleinow in den Grenzboten eingehend geschildert. Infolge unserer Siege in Kongreßpolen fand er bald Gelegenheit, die dortigen Vorgänge persönlich zu beobachten: in Anerkennung seiner Sachkenntnis in allen Fragen des Polentums, von dem außer zahlreichen Aufsätzen ein umfangreiches Werk „Die Zukunft Polens“³⁾ Zeugnis ablegte, wurde er nach Lodz und Warschau berufen, wo er zuerst als Leutnant für die Armee Mackensen unter Lubendorffs Leitung, dann als Geheimer Regierungsrat für das Generalgouvernement Warschau die Presseverwaltung mit ihren weitverzweigten Betrieben einrichtete, das Werk eines außerordentlichen Organisationstalents! Dort hat er anderthalb Jahr lang unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen gewirkt. Einer seiner dortigen Mitarbeiter stellte ihm das Zeugnis aus, daß er wußte, was er wollte.⁴⁾ Im Sommer 1916 gab er sein Amt aus der Hand, weil er die von unserer Regierung betriebene widerspruchsvolle Polenpolitik für verhängnisvoll hielt. Es bedeutete nach seiner Auffassung ein an Leichtfertigkeit grenzendes Vertrauen zu den Polen, ihnen noch während des Krieges den Aufbau einer polnischen Armee zu übertragen: wollten wir uns ein Bollwerk gegen Rußland bauen, so mußten wir den Mut haben, es selbst zu tun. Dem polnischen Staate stand Kleinow im übrigen nicht ohne Sympathie gegenüber, um den Preis der polnischen Freundschaft war er sogar zu erheblichen Konzessionen an die Polen nach dem Kriege bereit. Der durch den Rücktritt des provisorischen Staatsrats gekennzeichnete Zusammenbruch unserer Polenpolitik vom 5. November 1916 nach zehn Monaten hat ihm Recht gegeben. Er befand sich damals bereits seit Jahr und Tag als Batterieführer an der Front, von wo aus er trotz aller Schwierigkeiten die politischen Vorgänge aufmerksam verfolgte. Hin und wieder, in der Ruhestellung, oder auf kurzem Heimaturlaub fand er Gelegenheit, seine Beobachtungen den Grenzbotenlesern mitzuteilen. Im Januar 1918 kehrte er von den Schrecknissen des Krieges in tiefster Seele erschüttert nach Berlin zurück. Rußland war inzwischen zusammengebrochen. Kleinow betonte, daß dieser Zusammenbruch für England, unseren eigentlichen Feind, nur eine militärische Niederlage sei, die es schwerlich veranlassen würde, auf einen Machtfrieden zu verzichten, die

³⁾ Zwei Bände, Verlag von Friedrich Wilsch, Grunow in Leipzig, 1908—1914.

⁴⁾ Dr. Paul Roth, Die politische Entwicklung in Kongreßpolen während der deutschen Okkupation. Verlag von R. F. Koehler in Leipzig 1919.

Zertrümmerung Deutschlands, die es wollte, aufzugeben. Mit dem Betteln um einen Verständigungsfrieden werde nichts erreicht. Warum sollte England uns Platz machen, solange wir nicht die Kraft nachwiesen, uns selbst das zu erwerben, dessen wir bedurften? Die pazifistische Propaganda gefährde nur unseren inneren Frieden, ohne dem Weltfrieden zu nützen. Wehe, wenn wir unterliegen, stark sein, bereit sein ist alles! Fortes fortuna adiuvat! (Grenzboten 1918, I, Heft 1)

Im Niederbruch der unheilvollen Herbsttage des Jahres 1918 blieb Kleinow ein Letztes: die Fahne des Deutschtums hochzuhalten! Es trieb ihn dorthin, wo er seinen leidenschaftlichen nationalen Willen in die Tat umsetzen konnte — in die bedrohten Ostmarken. Der Zusammenschluß des Deutschtums, das war die Parole! Die schwankende und ziellose Haltung der Regierung, parteipolitische Machtgelüste, der materialistische Zug, der durch die Massen ging, haben diese Aufgabe schwierig genug gestaltet und schließlich, trotz aller Bemühungen national gesinnter Kreise, den Verlust der Ostmarken herbeigeführt. Konnte deutsches Land nicht deutsch bleiben, so sollten die Deutschen ihr Deutschtum bewahren dürfen. Der Schutz der deutschen Minderheit im neuen Polen liegt nunmehr bei den Volksräten. Wie Kleinow die Sammlung der Deutschen in den Volksräten gefördert hat, wie er den deutschen Gedanken vertrat und doch den von ihm stets erstrebten Ausgleich mit den Polen auf einer neuen Grundlage zu verwirklichen suchte, hat Haertlein in Heft 35 der Grenzboten 1919 geschildert.⁵⁾

Gewann das Deutschtum der Ostmarken einen Führer, so verloren die Grenzboten ihre Seele: in der Erkenntnis neuer Pflichten legt Kleinow die Leitung seiner Zeitschrift bei Beginn dieses Jahres nieder. Für die Leser der Grenzboten, die seine weit abgesteckten Ziele billigten, seine auf gewissenhafte Forschung gegründeten Darlegungen schätzten, seiner frischen und kraftvollen, immer sachlichen und auf das Schöpferische gewendeten Kritik unserer Zeit zustimmten, ist sein Ausscheiden gewiß ein schwerer Verlust; für seine Mitarbeiter, die auch sein prächtiges, großzügiges Menschentum auf sich wirken lassen durften, ein ehrlicher Schmerz.

Den Grenzboten ist der Stempel seines Geistes für das Jahrzehnt seiner Wirksamkeit unauslöschlich eingeprägt. Wir fassen ihn am besten in den Worten Goethes:

Ehrfurcht vor dem, was über uns ist,
Ehrfurcht vor dem, was unter uns ist,
Ehrfurcht vor dem, was uns gleich ist.

⁵⁾ Vergleiche hierzu die Bromberger Wochenschrift: „Deutsche Nachrichten“ und Heygrodzis kleine Schrift „Die deutschen Volksräte in Posen und Westpreußen“, Danzig 1919, sowie schließlich die den Grenzboten im Jahre 1919 beigelegten „Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens“.